

Finanzentlastung der Zürcher Gemeinden auf Kosten der Kantonsfinanzen

Mit den neuen Mehrheiten für die links-grüne Ratsseite haben sich in den letzten Monaten einige Geschäfte ergeben, die eine komplett neue Finanzausrichtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden ergeben würden, wenn alle Geschäfte entsprechend den Entscheidungen des Kantonsrates umgesetzt werden.



Pierre Dalcher
Kantonsrat SVP
Schlieren

Am 27. September 2020 kann das Zürcher Stimmvolk dank massgeblicher Intervention der SVP mittels Referendums über zwei Finanzgeschäfte mitbestimmen, ob sie der neuen links-grünen Mehrheit folgen wollen. Um sich überhaupt über die gesamte Situation einen Überblick zu verschaffen, haben die SVP Kantonsräte Pierre Dalcher (Schlieren), Elisabeth Pflugshaupt (Gossau) und Jürg Sulser (Otelfingen) eine Anfrage an den Regierungsrat gerichtet, alle Geschäfte der letzten 12 Monate aufzulisten, die eine Verschiebung der Finanzen zugunsten der Gemeinden beinhalten. Die Antwort des Regierungsrats zeigt deutlich auf, dass die SVP bei den zwei ergriffenen Referenden über die Hälfte der gesamten Summe verantwortlich ist, dass das Zürcher Stimmvolk überhaupt seine Meinung darüber kundtun kann.

Aus der Antwort des Regierungsrats geht hervor, dass insgesamt 395 Millionen Franken die Kantonsfinanzen mehr belasten und gleichzeitig die Gemeinden um 384 Millionen entlastet werden.

Vorlage und Stand	Leistungsgruppen	Auswirkung Kanton in Mio. Franken	Auswirkung Gemeinden in Mio. Franken
Zusatzleistungsgesetz, Erhöhung Kantonsanteil Zusatzleistungen von 50% auf 70% (Referendumsabstimmung hängig)	3500 Sozialamt	-166	+166
Strassengesetz, Unterhalt Gemeindestrassen (Referendumsabstimmung hängig)	5925 Strassenfonds	-72	+72
Änderung vom 1. April 2019 des Steuergesetzes (Steuervorlage 17, angenommen)		-145	+145
Davon Erhöhung Kantonsanteil Zusatzleistung auf 50%	3500 Sozialamt	-60	+60
Davon Mehrbelastung kantonaler Finanzausgleich	2216 kantonaler Finanzausgleich	-60	+60
Davon Unterstützung besonders betroffener Gemeinden (befristet bis 2024)	2217 kantonaler Finanzausgleich	-20	+20
Davon Unterstützung der Kirchgemeinden (über Landeskirchen; zeitlich befristet auf fünf Jahre)	2270 Religionsgemeinschaften	-5	+5
Musikschulgesetz, Betriebskosten Musikschulen (kein Referendum, noch nicht in Kraft)	7200 Volksschulen	-11	0 bis +11
Wassergesetz (Antrag Regierungsrat)	8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-1	+1
Total		-395	+384
		-Belastung	+Entlastung

Über das Zusatzleistungsgesetz (ZLG) und Strassengesetz (StrG) können wir am 27. September 2020 abstimmen und mitentscheiden, ob mit diesen zwei Geschäften in der Summe 238 Millionen Franken der Kantonsrechnung jährlich mehr belastet werden sollen. Bis heute hat keine Gemeinde ihren jeweiligen Steuerzahlern mitgeteilt, dass sie ihren Steuerfuss entsprechend dem entlastenden Betrag der Gemeinderechnung anpasst. Somit muss davon ausgegangen werden, dass die Zürcher Bevölkerung mit einer versteckten Steuererhöhung rechnen muss, ausser die Stimmbevölkerung unterstützt die beiden Referenden der SVP.

Mit einer Ablehnung der beiden Vorlagen können immerhin über die Hälfte des in der Tabelle aufgeführten Betrages in den Kantonsfinanzen behalten werden. Nur so nebenbei, diese fast 400 Millionen Franken entsprechen 6 Steuerprozenten. Daher wird es sehr interessant, wie der Regierungsrat diesen enormen Finanzbetrag kostenneutral an die Gemeinden verschieben will, wie er in seiner Antwort erwähnt. Dies kann ich mir nicht vorstellen.

Setzen wir ein Zeichen

Konzentrieren wir uns auf die Bewältigung der enormen finanziellen Auswirkungen des Corona-Virus. Setzen wir am 27. September 2020 klar die Priorität auf die Gesundheit unserer Bevölkerung und auf eine wieder florierende Wirtschaft und somit auf Erhaltung der Arbeitsstellen.